

1. MAI IN DIE REVOLUTIONÄRE OFFENSIVE



Der 1. Mai steht an - das heißt für uns nicht Bratwurst, Bier und Beine hochlegen, sondern auf die Straße für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung! Der Tag steht wie kein anderer für den grenzübergreifenden Kampf der lohnabhängigen Klasse für die Durchsetzung unserer gemeinsamen gesellschaftlichen Interessen. Dabei geht es einerseits um konkrete Verbesserungen der Lebenssituation durch höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, die aktive Unterstützung der schwächsten Teile der Gesellschaft und um mehr Mitbestimmung im Wirtschaftsleben und in der Politik. Andererseits werden an diesem Tag, schon seit seinem Bestehen als internationaler Kampftag, Ansätze und Perspektiven für eine sozialistische Gesellschaftsorga-

nisation jenseits der weltumspannenden kapitalistischen Herrschaft sichtbar gemacht. Auf allen Kontinenten strömen an diesem Tag Millionen Menschen auf die Straßen, um den herrschenden Verhältnissen ihre Entschlossenheit und ihre Solidarität im Kampf um ein besseres Leben entgegenzusetzen.

In dieser Zeitung beschäftigen wir uns mit dem Zustand dieses kriselnden Gesellschaftssystems und mit verschiedenen Kämpfen und Bewegungen, die schon heute zeigen, dass die Welt nicht so bleiben muss, wie sie ist. Wir hoffen, damit nicht nur Fakten und Argumente, sondern vor allem Motivation für's Einmischen und Beteiligen zu vermitteln... Viel Spaß beim Lesen!



ABGEWIRTSCHAFTET!

DER KAPITALISMUS IST UND BLEIBT NICHT REFORMIERBAR

Ein „neuer Sozialstaat“ soll her. So tönt es seit einigen Monaten großspurig aus den Reihen der kriselnden SPD. Konkret: Rente und Mindestlohn sollen für einen Teil der Lohnabhängigen ein wenig nach oben korrigiert, Hartz4 umbenannt und „netter“ gestaltet, Kinder in Armut besser durch staatliche Gelder unterstützt werden. Es ist noch lange nicht gesagt, dass diese bescheidenen „Visionen“ einer Partei, mit der es stetig bergab geht, tatsächlich verwirklicht werden sollen. Vor allem aber schwadroniert hier eine politische Kraft über soziale Verbesserungen, die mit der Agenda 2010 das Programm zur großen Umverteilung von unten nach oben überhaupt erst entwickelt und massenhaft für unsichere Lebens- und Arbeitsverhältnisse, für Armut und Verzweiflung gesorgt hat. Und jetzt plötzlich das große soziale Wiedererwachen? Nicht nur unglaublich, sondern auch unmöglich!

Ein krisengroßes Geschäft

Die sozialen Zugeständnisse des Wirtschaftswunder-Kapitalismus der Nachkriegszeit wurden in den vergangenen Jahrzehnten Schritt für Schritt abgebaut. Nicht zufällig, sondern systematisch: Weil der Verteilungsspielraum durch die gnadenlose Konkurrenz der großen Banken, Konzerne und Kapitalgesellschaften immer enger wird und ihre Profiterwartungen in diesem System wichtiger sind, als die Lebensbedingungen der Mehrheit. Und die Entwicklung hält an.

Wir dürfen heute hautnah miterleben, wie das Projekt „neoliberales Krisenmanagement“, das die Kapitalistenklasse jahrzehntelang international vorantreiben konnte, grandios in sich zusammenfällt. Die politische Lage ist angespannt und das sogar in einem Staat wie Deutschland, dessen Reichtum und Privilegien früher Ruhe und oberflächlichen sozialen Frieden garantierten. Der weltweite Systemcrash, der vor 11 Jahren begann und für massive wirtschaftliche und soziale Zerstörungen sorgte, führte uns vor Augen, dass die sogenannte Realwirtschaft, die Finanzwelt und die Staatshaushalte in diesem System international so eng miteinander verwoben sind, dass ein Haufen ungedeckter Immobilienkredite ausreicht, um eine Krisenlawine auszulösen. Und das System wird immer empfindlicher. Je mehr Geld, Wertpapiere, Schuldscheine usw. in die Spirale, die all diese Werte weiter vermehren soll, eingespeist werden, desto härter der Aufprall, wenn alles wieder einmal in sich zusammenfällt.

Seit 1967 rummt es grob alle zehn Jahre einmal heftig in der Weltwirtschaft. Und auch heute sind international wieder erste Anzeichen bemerkbar, die auf eine Krise mit unberechenbarer Sprengkraft hindeuten: Schwankende Aktienmärkte, fallende Renditen, fehlende Investitionen, zu schwach wachsende Volkswirtschaften und nicht zuletzt Widersprüche zwischen den großen politischen Machtblöcken, die in regelrechten Handelskriegen ausarten könnten. Der nächste Crash kommt und er wird auch in Deutschland einschlagen. Mit der auf Exporte ausgerichteten deutschen Wirtschaft und irrwitzigen Preissteigerungen auf den großstädtischen Immobilienmärkten befinden wir uns bereits jetzt mitten im entstehenden Krisengeschehen.

Wenn angebliche Wirtschaftsexperten in den letzten Jahren eine Stabilisierung und Aufwärtsbewegung der Wirtschaft in Deutschland sehen, dann mag das für die Profitraten einiger Branchen, wie etwa für die deutsche Bauwirtschaft gelten, die am aktuellen Immobilienboom mitverdient. Die einflussreiche deutsche Industrie jedoch befindet sich bereits wieder in einer konjunkturellen Abwärtsbewegung. Vor allem aber spiegelt diese Einschätzung nicht im geringsten die Lebenssituation der Lohnabhängigen Bevölkerung wieder. Hinter einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote versteckt sich ein erbarmungsloser Arbeitsmarkt, der für die einen immer mehr Konkurrenzdruck und Überstunden bereithält (eine Milliarde unbezahlter Überstunden im Jahr sprechen Bände), während andere sich mit schlecht bezahlten Teilzeit- und Minijobs in einem Niedriglohnsektor durchschlagen müssen, der im europäischen Vergleich überdurchschnittlich groß ist (fast ein Viertel aller abhängig Beschäftigten in Deutschland fällt darunter). Und auch existenzielle Armut ist einkalkuliert: Über 5 Millionen Menschen in Deutschland haben zu wenig Geld, um wenigstens jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu sich zu nehmen.

Reformismus: Impossible

Die SPD entlarvt ihre soziale Heuchelei mit jeder Regierungskoalition, die sie eingeht und wird längst nicht mehr als soziale Alternative wahrgenommen. Die kleinen Verbesserungen, die es noch durch die Große Koalition schaffen könnten, sind nicht mehr als Tropfen auf den heißen Stein: Eine geradeso existenzsichernde Grundrente nach 35 Arbeitsjahren, die noch immer unzählige Menschen in

Altersarmut dahinvegetieren lassen würde, ein paar kosmetische Korrekturen bei der sachgrundlosen Befristung von Jobs (gegen die der größte deutsche Unternehmerverband „Gesamtmittel“ bereits vehement Stimmung macht), die aber mit komplizierten Einschränkungen versehen sind. Das sind die traurigen Highlights.

Von diesem Armutszeugnis profitieren vor allem die Grünen, die sich zu VorreiterInnen eines vermeintlich sauberen und freundlichen Kapitalismus machen. Missstände werden zwar kritisiert, Bürgerrechte, Naturschutz und kulturelle Offenheit eingefordert, am Ende aber doch nichts konsequent umgesetzt. Ihrem Spitzenpersonal, PolitikerInnen wie Habeck, Göring-Eckart und Kretschmann, geht es darum, die Politik des Kapitals mitzugestalten. Das fortschrittliche Grünen-Image halten sie in der Opposition und in Wahlkämpfen zwar hoch, verstauben es in der konkreten Politik aber schnell wieder in der PR-Schublade. Hartz4 in der Regierung mit umsetzen, um in der Opposition später dessen Abschaffung zu fordern? Den Widerstand gegen das Bau-Desaster Stuttgart21 vereinnahmen, um das Projekt in Regierungsverantwortung dann fertigzustellen? Alles kein Problem. Den Klassenkampf zwischen Besitzenden und Lohnabhängigen gibt es in ihrer privilegierten Öko-Luxus-Welt schon gar nicht mehr. Etwas näher an der sozialen Realität bewegt sich die selbsternannte Sammlungsbewegung „Aufstehen“, die sich im Herbst 2018 am Rand von Linkspartei, Grünen und SPD gegründet hat und soziale Forderungen in den Mittelpunkt stellt. Dieser Versuch des sozialen Wandels innerhalb der großen Politik, spricht zwar wichtige Probleme an, sucht aber nach Lösungen, die sich irgendwie innerhalb der herrschenden Verhältnisse umsetzen lassen. Dabei werden sogar Grundwerte, wie die Solidarität innerhalb unserer Klasse, über Bord geworfen: Die Interessen von Geflüchteten und länger hier lebenden Lohnabhängigen werden gegeneinander gestellt, wie wir es auch von anderen bürgerlichen Parteien kennen. Der direkte Kampf gegen den auflodernden Rassismus wird gar nicht erst auf die Agenda gesetzt.

Dabei ist es gerade die wachsende Bedrohung von Rechts, die viele Menschen dazu veranlasst, eine dieser Parteien zu wählen - und diese Motivation ist mehr als verständlich. Es ist notwendig, den erstarkenden rechten Kräften auf allen Ebenen Paroli zu bieten - auch in Parlamenten. Tatsächlich aber zu glauben und zu vermitteln, dass das Ruder dadurch noch herumgerissen werden könnte, ist verantwortungslos und gefährlich zugleich. Nicht nur, dass die Rechten, die sich nur zu gerne selbst als Systemfeinde ausgeben, vom ständigen Scheitern linker Versprechungen profitieren. Vor allem der Aufbau einer wirklichen, außerparlamentarischen Gegenbewegung zu Rechtsruck und kapitalistischer Ausbeutung rückt durch die Fokussierung auf reformistische Parteien, Parlamente und Regierungen in den Hintergrund.

Davon abgesehen hat eine solche Politik immer zwei Haken: Erstens ist der gesamte Staatsapparat durchsetzt von einem Personal und Interessengruppen, die von kapitalistischer Ausbeutung mitprofitieren oder deren Hauptaufgabe der Schutz dieser Eigentumsordnung ist: Aufsichtsräte und Interessensvertreter von Konzernen, die zugleich politische Ämter bekleiden, einflussreiche kapitalistische Lobbygruppen, der gesamte Polizei- und Geheimdienstapparat... Auch die führende Rolle der BRD in der EU und

die Einbindung in das NATO-Militärbündnis lassen kaum Spielraum für eine Politik, die nicht nach den Bedürfnissen der international organisierten Kapitalistenklasse ausgerichtet ist.

Zweitens werden auch die überzeugtesten ReformpolitikerInnen in Regierungsverantwortung zu einer Politik der Sachzwänge genötigt und verwerfen in dieser Zwickmühle nicht selten ihre früheren Überzeugungen. Sobald beträchtliche Steuersummen in PolitikerInnentaschen und Parteikassen fließen, stehen die Chancen für eine handzahme Politik gut. Wie sonst lässt es sich erklären, dass die mitregierende Linke in Brandenburg an einer Verschärfung des Polizeigesetzes beteiligt ist? Oder, dass alle Landesregierungen mit linker Beteiligung einer Grundgesetzänderung zugestimmt haben, die der Privatisierung von Autobahnen den Weg bereitet?

All As One

Es gibt keinen Weg hin zu einem liberalen, sozial und ökologisch nachhaltigen Kapitalismus. Punkt. Und auch der gesellschaftliche Rechtsruck ist nicht durch parlamentarische Initiativen und Symbolpolitik aufzuhalten. Es müssen die gemeinsamen Kämpfe der betroffenen Menschen selbst sein, die grenzenloser Ausbeutung und rassistischer Spaltung einen Riegel vorschieben. Betroffen ist niemals die oder der Einzelne alleine. Jede Kündigung und jeder unterbezahlte Scheißjob erhöht die Konkurrenz innerhalb unserer Klasse und trägt zur Entwertung unserer Arbeitskraft bei, jede Art von Diskriminierung und Ausgrenzung innerhalb unserer Klasse zieht Risse und Gräben dort, wo eigentlich Solidarität und Zusammenhalt gegen die Ausbeuter und Unterdrücker sein sollten. Individualismus und Konkurrenzdenken, Rassismus und Nationalismus können zwar auch ArbeiterInnen sicherlich eine Zeit lang das Gefühl der Überlegenheit verschaffen, bringen ihnen letzten Endes aber auch nichts, wenn Stresskrankheiten, Arbeitsunfähigkeit, soziale Isolation oder Altersarmut sie irgendwann aus der „Gesellschaft der Tüchtigen“ herauskatapultieren.

Unser einziges Mittel, diese Verhältnisse zu überwinden, ist der gemeinsame Widerstand, der organisierte Aufbau einer Gegenmacht der Lohnabhängigen. Der Weg hin zu einer Welt, in der die Ressourcen und Reichtümer des Planeten und der Gesellschaften gezielt und nachhaltig zum Wohle der Menschen eingesetzt werden und nicht um privaten Reichtum zu vermehren, führt über den Bruch mit diesem System. Die Besitzenden und ihre Apparate entmachten, eine vernünftig geplante Wirtschaft aufbauen und neue Formen der Demokratie von unten entwickeln - diese Ziele liegen vielleicht noch in weiter Ferne, sind aber realistischer als die Vorstellung, der Kapitalismus könne Mensch und Natur bis in alle Ewigkeit weiter zerstören. Der Weg dorthin wird durch eine Vielzahl verschiedener Kampfformen gestaltet werden müssen - von der Wohnungsbesetzung bis zum politischen Streik. Und auch die Beteiligung an diesem oder jenem Parlament kann dabei, je nach Situation, zeitweise von Vorteil sein. Fest steht aber: Ohne eine kämpferische Bewegung von unten, die sich unabhängig von staatlichen Apparaten und Interessen organisiert und eigenständig Druck aufbaut, ist jede parlamentarische Arbeit nicht mehr als ein bisschen Showeinlage für den bürgerlichen Politzirkus.

**Für die sozialistische Revolution!
Für den Kommunismus!**

GEKOMMEN, UM ZU STREIKEN!

ALS KLASSE KÄMPFEN!

Überstunden, schlechte Löhne und miese Arbeitsbedingungen. Wir alle kennen so etwas auf die eine oder andere Art und Weise. Aber was tun? Den Job wechseln bis man etwas besseres gefunden hat? Den Kopf in den Sand stecken und resignieren? Oder vielleicht doch Gegensteuern und sich zusammen mit den KollegInnen für die gemeinsamen Interessen stark machen?

Das sind große Worte, doch sie beginnen im Kleinen: In Betriebsräten und Gewerkschaften, in Streikversammlungen, mit der Solidarität unter KollegInnen und mit einer klaren Kante gegen diskriminierendes Gedankengut in den Betrieben. Anders als zum Beispiel in Frankreich ist die Kultur der Arbeitskämpfe in Deutschland verhältnismäßig schwach entwickelt. Doch auch hier lassen sich die gegenläufigen Interessen von Arbeitenden auf der einen und Unternehmen und dem Staat auf der anderen Seite nicht immer kaschieren und in geregelten Bahnen lenken. Es lohnt sich, einen Blick auf aktuelle Kämpfe zu werfen, die von den ArbeiterInnen selbst vorangetrieben wurden und es geschafft haben, den Spieß immer wieder umzudrehen: Druck auf diejenigen auszuüben, die sonst über den Wert und die Bedingungen unserer Arbeit bestimmen, für die unsere Arbeitskraft nur ein Mittel zur Erwirtschaftung von Profit ist.

In den letzten Jahren haben sich Arbeitskämpfe in einem Bereich entwickelt, der sich von den „klassischen“ Gewerkschaftsbereichen im industriellen und produzierenden Gewerbe abhebt: Im Pflege- und Gesundheitswesen! Das Besondere ist, dass im Vordergrund der Arbeitskämpfe, die vor allem in Kliniken geführt wurden, nicht nur das Geld, sondern vor allem die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten standen: Die enge Personalsituation und der damit verbundene Druck auf die Belegschaft. Diese Situation betrifft längst nicht nur die Krankenhausbeschäftigten. Mehr und bessere Arbeitsplätze, gerade in der Pflege, sind eben auch im Interesse des Großteils der Bevölkerung, der sich keine private Versorgung leisten kann. Es verwundert nicht, dass die Streikenden auf viel Solidarität gestoßen sind. Unterstützungsbriefe und Unterschriften, öffentliche Diskussionsrunden und finanzielle Spenden, haben das Durchhaltevermögen und die gesellschaftliche Wirkung des Arbeitskampfes bestärkt. Auch die Streikformen und

die Solidarität unter den verschiedenen Berufsgruppen in Krankenhäusern haben wichtige Impulse für kommende Arbeitskämpfe in Deutschland gesetzt: Statt eher symbolischer Delegiertenstreiks, wie sie in der Vergangenheit im Pflegebereich üblich waren, haben die Beschäftigten ihren Forderungen mit der Schließung von Betten und ganzen Stationen offensiv Nachdruck verliehen (eine Notversorgung wurde stets aufrecht erhalten). Allein im Uniklinikum Essen haben 15 verschiedene Berufsgruppen den Streik gemeinsam durchgeführt. Im gemeinsamen Kampf haben sie die in Krankenhäusern üblichen beruflichen Hierarchien durchbrochen und gleichzeitig in jeder Berufsgruppe spezifische Forderungen entwickelt. Vorläufige Ergebnisse der Streiks sind Zusicherungen einiger privater und öffentlicher Krankenhausbetreiber die Personalsituation zu entlasten. Passiert ist bislang kaum etwas - die Bedingungen für den weiteren Aufbau von Druck auf die Klinikbetreiber sind durch die Kampferfahrungen der Belegschaften in den letzten Jahren aber denkbar gut. Zweifellos wäre diese Streikbewegung ohne die Gewerkschaft ver.di, die Impulsgeberin war und besonderen Wert auf die Organisation und Aktivierung der Belegschaften gelegt hat, so nicht denkbar gewesen. Ohne aktive und selbstbewusste Belegschaften, die die Gewerkschaft zu ihrem Werkzeug machen und von unten hineinwirken, wäre allerdings ebenfalls wenig passiert.

Auch in anderen Sparten weichen betriebliche Kämpfe von Zeit zu Zeit vom eingefahrenen Muster „Tarifverhandlung - gegebenenfalls Warnstreik - Kompromisslösung“ ab, und sorgen auch für ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl und Kampfbewusstsein bei den Beschäftigten. Im Fall von „Neue Halberg Guss“, einem Automobilzulieferer mit über 2000 Beschäftigten und Standorten in Leipzig und Saarbrücken, haben die ArbeiterInnen nach 45 Streiktagen im vergangenen Sommer einen Sozialvertrag und



den Werkserhalt als VW-Zulieferbetrieb erkämpft. Und das obwohl der frühere Eigentümer (die berüchtigte Kapitalgesellschaft „Prevent“) vorhatte, schnell möglichst viel Profit aus dem Betrieb herauszuziehen, um den Leipziger Standort danach zu schließen und hunderte Arbeitsplätze in Saarbrücken abzubauen. Die ArbeiterInnen haben ihre Stärke nicht nur dadurch bewiesen, dass der lang andauernde Streik auch zu Produktionsausfällen bei Opel und VW geführt hat. Mit der zeitweisen Blockade des Werktores für Speditions-LKW's am Leipziger Standort, haben sie außerdem gezeigt, dass sie unberechenbar sein können und dass es möglich ist, den Druck auf die großen Player der Konzernwelt mit einer Portion Entschlossenheit spürbar zu erhöhen.

Streiks und die Organisierung in Betrieben können, wenn sie langfristige Erfolge erzielen sollen, nicht an Staatsgrenzen Halt machen. Ebenso wenig sind sie mit nationalistischem und rassistischem Gedankengut vereinbar. Die kapitalistischen Unternehmen produzieren und verkaufen über Ländergrenzen und Kontinente hinweg. Folglich können die Beschäftigten nur dann langfristigen Druck von unten aufbauen, wenn auch sie die internationale Dimension von Kämpfen beachten und zu nutzen wissen. Anfang des Jahres hat die Belegschaft einer Audi-Produktionsstätte im ungarischen Győr in einem einwöchigen Streik 18% mehr Lohn erkämpft. In Folge dessen standen die Bänder im Audi-Stammwerk in Ingolstadt für mehrere Tage still. Der Streik knüpfte an landesweite Massenproteste gegen ein Gesetz an, das eine massive Ausweitung der Überstunden in Ungarn vorsieht und auch als „Sklavengesetz“ bezeichnet wird - ein Gesetzesvorschlag, der voll und ganz im Interesse deutscher Automobilkonzerne steht, die eine Ausweitung der dortigen Produktion anstreben. Deutlicher könnte das Zeichen kaum sein: Um die Abwärtsspirale in Sachen Lohn und Arbeitsbedingungen

aufzuhalten, müssen die ArbeiterInnen internationale Solidarität aufbauen und ihre Kämpfe miteinander abstimmen. Die IG-Metall Bayern hat mit der öffentlichen Solidarisierung mit den ungarischen KollegInnen ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Ein ermutigendes Beispiel für das antirassistische Selbstverständnis kämpfender KollegInnen hat sich im vergangenen Frühjahr im thüringischen Eisenach ereignet: Der faschistische AfD-Politiker Björn Höcke versuchte dort an einer Protestkundgebung von über 1000 Opel-ArbeiterInnen teilzunehmen, die gegen geplante Sparmaßnahmen am Standort Thüringen demonstrierten. Er hatte keine Chance. Die ArbeiterInnen drängten ihn und seine AfD-Truppe geschlossen von der Kundgebung, noch bevor er ein Wort sprechen konnte.

Es ist richtig, dass Arbeitskämpfe oft langwierig und kräftezehrend sind, dass sie meist nicht auf Anhieb den gewünschten Erfolg bringen und dass auch die Überzeugungsarbeit unter den KollegInnen nicht immer leicht ist. Aber: Jede noch so kleine Verbesserung in der Arbeitswelt der lohnabhängigen Bevölkerung in den vergangenen 200 Jahren hat mit einem Arbeitskampf begonnen. Unvorstellbar, unter welchen Bedingungen wir heute knechten müssten, hätten unsere Vorfahren diese Anstrengungen nicht immer wieder auf sich genommen. Und die Kämpfe sind weit mehr als nur Mittel zum Zweck: In ihnen zeigt sich, wie ein solidarisches Miteinander funktioniert und gemeinsame Stärke entwickelt werden kann. Sie können erste Schritte hin zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sein.

MIETKONZERNE ENTEIGNEN!

WENN WIR UNS NICHT BEWEGEN, BEWEGT SICH NICHTS.

Die monatelange Suche nach einer bezahlbaren Wohnung – oft am Rande der Verzweiflung – und Massenbesichtigungen mit dutzenden MitbewerberInnen sind Alltag. Wohnungsnot und explodierende Grundstücks- und Mietpreise sind bittere Realität in fast allen deutschen Städten. In Stuttgart müssen Haushalte mit einem Einkommen bis 1.300 Euro 60 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete aufwenden. In München und Frankfurt sind die Angebotsmieten zwischen 2008 und 2018 um 60 Prozent gestiegen. Der Bestand an Sozialwohnungen ist in den letzten 30 Jahren von rund 4 Millionen auf 1,25 Millionen zusammengeschrumpft, während die Vermietung von Ferienwohnungen vor allem in größeren Städten boomt. Es ist kein Geheimnis, dass diese Entwicklungen die jahrzehntelang gewachsene Sozialstruktur, gerade in früheren ArbeiterInnenvierteln, zerstört und Menschen verdrängt. Seit 2014 ist die Zahl der Wohnungslosen um 150 Prozent auf heute 860.000 Menschen gestiegen. Nicht selten endet die Wohnungsnot tödlich: Jeden Winter erfrieren Obdachlose auf den Straßen. Jeder Mensch, der heute auf der Straße erfriert, obwohl tausende Wohnungen unbegründet leer stehen, wird ermordet!

Reiche, Firmenchefs, Aktionäre und Banker – die Klasse der Kapitalisten kennt keine Wohnungsnot, denn an Luxus-Appartments mangelt es nicht. Betroffen von explodierenden Mieten sind die einfachen Leute. Alle mit normalem und geringem Einkommen – die Klasse der Lohnabhängigen. All jene, bei denen die Mieten einen immer größeren Teil vom Lohn und Einkommen auffressen, die sich nach Mieterhöhungen die Wohnung nicht mehr leisten können und aus den Stadtkernen ins Umland vertrieben werden. Der Kauf eines Eigenheims ist dabei für die allermeisten trotz Niedrigzinsen keine Option, denn vielerorts sind auch die Grundstücks- und Kaufpreise ins Unermessliche gestiegen.

Investmentgesellschaften, börsennotierte Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen und Vonovia, Banken und Spekulanten diktieren weitgehend die Gesetzgebung und haben mit Lobbyverbänden direkten Einfluss auf die herrschende Politik. So werden Kapitalinteressen systematisch gegen die Grundbedürfnisse der Lohnabhängigen durchgesetzt – der absoluten Mehrheit der Bevölkerung.

Das hat zur Folge, dass MieterInnen immer häufiger gnadenlos ausgequetscht werden, wie Orangen in der Saftpresse. Eine Vorreiterrolle spielt hier Vonovia. Mit etwa 400.000 Wohnungen, in denen eine Million Menschen leben, der größte Immobilienkonzern Deutschlands. Seit dem Börsengang im Jahr 2013 ist der Aktienkurs des Dax-Konzerns um 148 Prozent gestiegen. Mieten und Nebenkosten werden nach Modernisierungen systematisch erhöht. Kein Wunder, dass sich der Konzerngewinn alleine in den vergangenen zwei Jahren um 15 Prozent auf eine Milliarde Euro gesteigert hat. Profiteure sind am Ende wieder nur Wenige, die sich über diese Geldmaschine freuen und alles dafür tun, um sie am Laufen zu halten. Über 600 Millionen Euro wurden allein letztes Jahr an die Aktionäre ausgeschüttet und der Vorstand freut sich über ein Jahresgehalt von 5,67 Millionen Euro. Genau so funktioniert der Kapitalismus – wenige Reiche besitzen und kaufen, während viele täglich schuften und zahlen.

Die Wohnungsfrage umfasst jedoch nicht nur steigende Mieten und überhöhte Nebenkosten, sondern auch die systematische Entrechtung und staatliche Repression. Wer im Mietrückstand ist oder sich nach Modernisierung die Miete nicht mehr leisten kann, dem wird Strom und Gas gekappt, bekommt eine Räumungsklage und wird nicht selten zwangsgeräumt. In Deutschland finden jährlich 60.000 Zwangsräumungen statt, das sind 164 jeden Tag. Gerade bei Räumungen spielt die Justiz und das sogenannte Gewaltmonopol des Staates eine zentrale Rolle. Gerichtsvollzieher und Polizeiaufgebote setzen die Räumungen mit Gewalt durch und gewährleisten so die Eigentumsverhältnisse und die Rendite. Von den 7.000 in deutschen Knästen wegen Schwarzfahrens Einsitzenden sind die wenigsten dort gelandet, weil sie keine Lust hatten, Geld für einen Fahrschein zu zahlen, sondern weil sie es sich schlicht nicht leisten konnten. Genauso ist es auch bei den Zwangsgeräumten. Bei den wenigsten handelt es sich um Mietnomaden, sondern um MieterInnen, die sich die Miete nach Jobverlust oder Modernisierung nicht mehr leisten konnten und keine andere bezahlbare Bleibe auf dem Wohnungsmarkt finden konnten.

Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, gute Lebensbedingungen und eine flächendeckende Grundversorgung mit schönem und leistbarem Wohnraum zu gewährleisten.

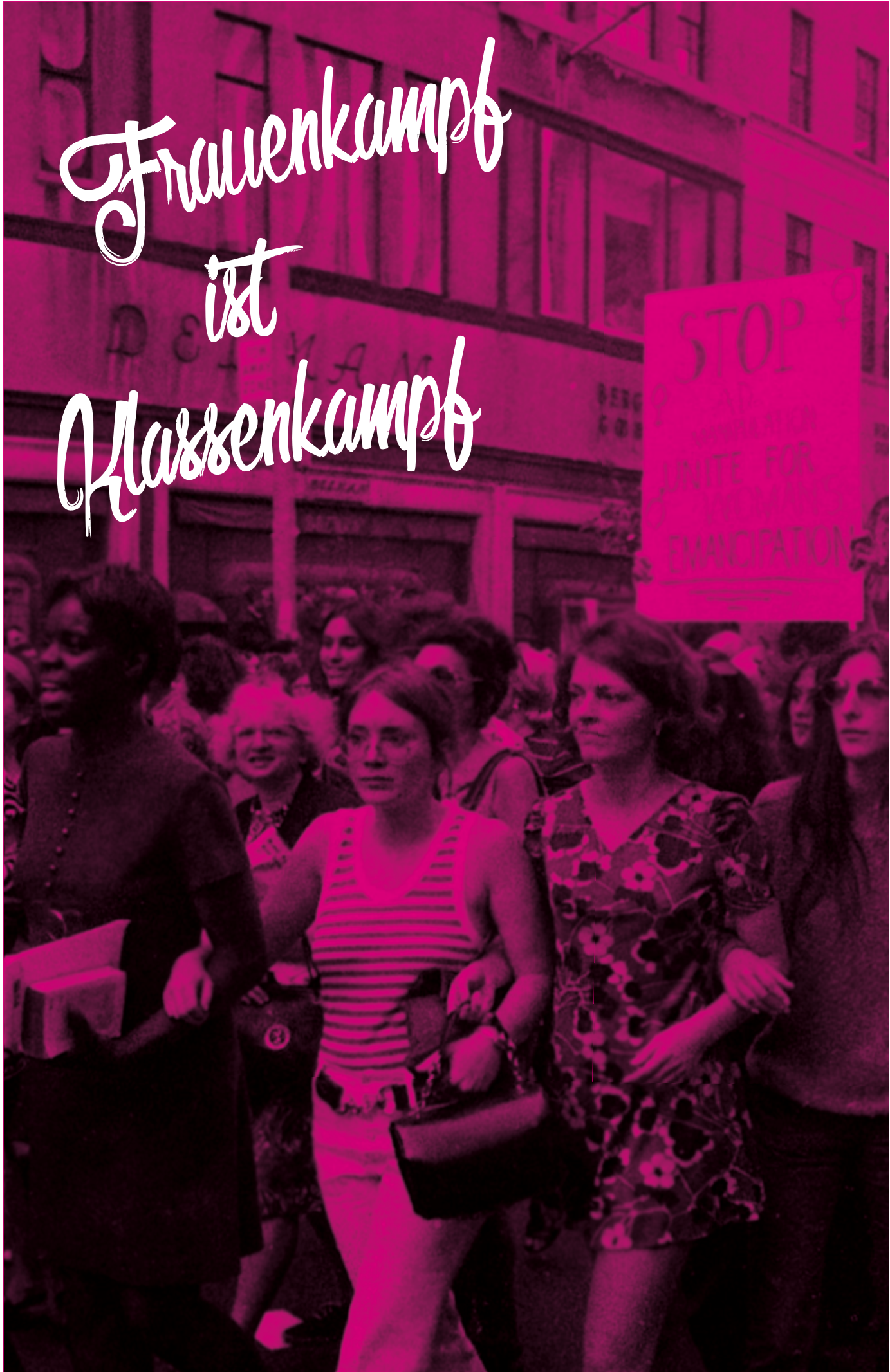
Dem Wohnraum-Boom, insbesondere in Städten, steht die Entvölkerung und der langsame Verfall ganzer Regionen im ländlichen Raum gegenüber: Die Investitionen in Infrastruktur und attraktiven Wohnraum landen eben dort, wo sie am meisten Profit erbringen und nicht dort, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Das System steht einer am Gemeinwohl orientierten Gesellschaftsordnung im Wege. Eine sozial gerechte Wohnraumversorgung wird erst dann möglich sein, wenn für das Gemeinwohl und nach einem gesellschaftlichen Plan produziert und gebaut wird. Das setzt jedoch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und ein Ende des Privateigentums an Grund und Boden voraus. Wohnraum muss als unverzichtbarer Bestandteil der Existenzsicherung gelten. Er darf weder Ware noch Spekulationsobjekt sein. Genauso wie wir heute für bessere Löhne und eine ausreichend Rente streiken, müssen wir auch im Hier und Jetzt für Reformen wie zum Beispiel Mietsenkungen ringen. Um die Eigentumsfrage kommen wir aber nicht herum. Denn aus Einsicht, freiwillig und von alleine werden die Kapitalisten ihre Macht und Milliardenrenditen nicht abgeben. Deshalb führt kein Weg an Organisation und dem langfristigen Aufbau revolutionärer Gegenmacht vorbei.

Wir müssen für bezahlbare Mieten und Orte jenseits von Konsumzwang und Kommerz kämpfen. Bundesweit regt sich Widerstand und schließen sich Betroffene in MieterInneninitiativen zusammen. Leerstehende Wohnungen und Häuser werden besetzt und wieder mit Leben gefüllt. Großdemonstrationen mit zehntausenden Menschen machen Mut. Ansätze von nachbarschaftlicher Vernetzung und Organisation in den Stadtteilen sind wichtige Voraussetzungen, um sich gemeinsam gegen Mietwucher zu wehren. Dabei lassen wir uns die Kampfformen nicht von Gesetzbüchern diktieren. Wir wählen die Aktionsformen, die angesichts der zugespitzten Lage angebracht und legitim sind selbst. Dazu zählen auch Hausbesetzungen und die Aneignung öffentlicher Räume. Die Forderung nach Enteignung großer Immobilienkonzerne, wie „Vonovia“, ist gut und richtig. Grund und Boden gehören in Gemeineigentum. Zuzug, Bevölkerungswachstum und Geflüchtete sind nicht der Hauptgrund für explodierende Mieten, sondern die Profitmacherei mit Boden und Immobilien.

Wenn wir uns nicht bewegen, bewegt sich nichts. Wir sind viele, die die gleichen Sorgen, Ängste und Nöte haben. Erteilen wir den vorgegaukelten Antworten und Lösungsansätzen der Herrschenden eine Absage. Unterstützen wir uns mit gegenseitiger Solidarität und arbeiten wir an langfristigen Organisationsstrukturen. Machen wir uns Gedanken, wie eine sozialistische Gesellschaft organisiert sein kann, in der Wohnraum ein Gemeingut aller ist. Werden wir aktiv gegen Mietenwahnsinn und Wohnungsnot, stellen wir die Systemfrage und arbeiten entschlossen an der Überwindung dieser Verhältnisse. Es lohnt sich – wir haben Städte zu gewinnen, die in unserem Interesse organisiert und bewirtschaftet werden. Wir haben Wohnraum zu gewinnen, der von uns gestaltet und verwaltet wird, für den wir nur so viel Miete zahlen wie für seine Instandhaltung erforderlich ist.





Frauenkampf
ist
Klassenkampf

STOP
UNITE FOR
WOMAN
EMANCIPATION

Prekäre Arbeitsverhältnisse, unbezahlte Haus- und Pflegearbeit, Sexismus, patriarchale Gewalt, Rollenzuschreibungen – das Patriarchat hat viele Gesichter. Doch der Frauenkampf von unten nimmt an Fahrt auf.

Die diesjährigen Aktivitäten zum 8. März standen unter dem Motto „Frauenstreik!“. Es wurden erste Schritte unternommen, um die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeit von Frauen zu zeigen. Egal ob auf der Arbeit oder im Haushalt, ohne die Frauen steht die Welt still. Trotzdem ist die Situation der meisten Frauen aus der lohnabhängigen Klasse alles andere als einfach. Anstelle von Wertschätzung gibt es für sie erschwerte Bedingungen und Mehrfachbelastungen:

Sie können sich aus finanziellen Gründen oft nicht aus missbräuchlichen Ehen befreien, denn dann müssten sie fürchten irgendwann „alleinerziehend“ zu sein, was mit hoher Wahrscheinlichkeit „arm sein“ bedeutet. Oft werden Frauen schlechter bezahlt, sind in prekären Beschäftigungsverhältnissen und enden früher oder später in der (Alters-) Armut.

Reaktionäre Politiker wollen die von der Frauenbewegung erkämpften Errungenschaften rückgängig machen und fordern: „Die Frau muss zurück an den Herd!“ Klartext: Frauen haben in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen nichts zu suchen und sollen still und heimlich in der Familie ausgenutzt werden. Doch auch die scheinbar fortschrittlicheren Parteien haben keine Lösungen. Ihre Botschaft ist: „Familie und Beruf müssen vereinbar sein!“ Sie setzen ein betrübtes Gesicht auf, wenn das partout nicht funktionieren will. Ein betrübtes Gesicht, das nahezu verdeckt, was der eigentliche Inhalt ihrer Botschaft ist: „Die unbezahlte Arbeit, die ist euer Privatproblem.“ Sie präsentieren uns mit der Verteidigungsministerin eine privilegierte Frau mit sieben Kindern als Erfolg für den Feminismus. Aber sie „vergessen“ dabei, dass nicht alle Frauen sich einen Babysitter oder Essen gehen leisten können, anstatt selbst aufzupassen oder selbst für alle zu kochen.

Wie kann es sein, dass diese Arbeiten als Selbstverständlichkeiten vorausgesetzt werden?

„Bezahlte Lohnarbeit“ und „unbezahlte Hausarbeit“, diese Aufteilung kommt uns heute selbstverständlich, natürlich und unveränderbar vor. Aber sie ist es nicht. Noch im 18. Jahrhundert waren in Deutschland fast 90 Prozent der Menschen Bauern und Bäuerinnen. Das Feld pflügen, Wäsche waschen, Essen kochen und Käse für den Markt vorbereiten: Die Bäuerin arbeitete damals den ganzen Tag. Aber welche dieser Tätigkeiten sie ausübte, das machte für sie keinen Unterschied. Eine Trennung in „bezahlte“ und „unbezahlte“ Arbeit gab es für sie nicht. Erst mit der Ausbreitung der kapitalistischen Produktion änderte sich das. Im System der kapitalistischen Lohnarbeit wird die arbeitende Frau nach Stunden bezahlt. Nach den Arbeitsstunden, in denen sie ihre Arbeitskraft verkauft. Das Kochen und Gebären, die Fürsorge und private Pflege gelten seit dieser Zeit nicht mehr als Arbeit. Sondern als privater Gratisdienst.

Zu jeder Zeit hat es Frauen gegeben, die sich gegen ihre Unterdrückung und Ausbeutung gewehrt haben. Der Grund dafür, dass Frauen heute nicht mehr rechtlich ihrem Mann unterstellt sind; dass sie – zumindest theoretisch – selbst entscheiden können, mit wem sie schlafen wollen und dass

sie ein eigenes Konto haben können; all das ist das Ergebnis der Kämpfe von Frauen, die nicht mehr akzeptieren wollten, was die Gesellschaft ihnen als „unabänderlich“ verkauft hat. Frauen, die sich zusammengeschlossen und gewehrt haben. Selbst im Bundestag wird die Novemberrevolution und die Einführung des Frauenwahlrechts, das vor hundert Jahren in ihr erkämpft worden ist, gelobt. Aber dass es in dieser Revolution nicht nur um das Wahlrecht gegangen ist, sondern um eine andere Form der Produktion – eine Form der Produktion, die die Trennung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit aufheben würde, darüber werden im Plenarsaal keine großen Worte verloren.

Wirklich Geld verdient heute, wer Aktien kauft und verkauft, wer Wohnungen vermietet oder ein Unternehmen besitzt. Kein oder fast kein Geld verdient, wer Kinder erzieht, alte Menschen pflegt oder Kranke betreut – Berufe und Tätigkeiten, die noch immer in erster Linie von Frauen verrichtet werden. Das müssen wir ändern. Und wir können es ändern.

Vor hundert Jahren haben sozialistische Frauen wie Clara Zetkin dafür gekämpft, das kapitalistische System zu beenden und es durch ein System zu ersetzen, das unter anderem die Hausarbeit und die Erziehung der Kinder gesamtgesellschaftlich organisiert.

Im Sozialismus wird es keine Trennung mehr zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit geben, Frauen werden endlich nicht nur rechtlich, sondern auch ökonomisch vollständig gleichgestellt sein. Damit ist die Grundlage gelegt, die Kultur der Unterdrückung der Frauen mit ihren erlernten Rollenbildern, ihren Ungerechtigkeiten und ihrer Gewalt zu beenden. Am Ende wird auch im „privaten Rahmen“ die Benachteiligung der Frauen ein Ende finden. Das läuft aber nicht von alleine: Grundlegende wirtschaftliche Veränderungen, die ein demokratisch verwaltetes Gemeineigentum, anstelle der privaten Profitjagd stellen, sind Ausgangsbedingungen für die Ermächtigung und Gleichstellung der Frau. Sie bedeuten aber noch keinen automatischen Umsturz im Bewusstsein der Menschen. Es wird auch nach dem Ende des Kapitalismus noch Auseinandersetzungen um die Rolle und die Rechte der Frau geben. Wir müssen diesen Kampf schon heute beginnen und für die Zukunft lernen.

Wo müssen wir ansetzen, um erste Schritte schon heute zu gehen?

Unser Ziel setzt drei Dinge voraus: 1. Die Auseinandersetzung der Männer mit ihren eigenen problematischen Verhaltensweisen, mit Rollenbildern, der Abwertung und der Ungleichbehandlung von Frauen. 2. Das Empowerment, die Selbstermächtigung der lohnabhängigen Frauen, mit eigenen Zusammenschlüssen und Durchsetzungsmöglichkeiten innerhalb unserer männlich dominierten Gesellschaft. 3. Der geschlechterübergreifende Kampf gegen dieses politische und wirtschaftliche System, das weder den Lohnabhängigen im Allgemeinen, noch den Frauen im Besonderen, jemals etwas geschenkt hat.

Packen wir es an, bei uns selber und in der Gesellschaft!

DIE EUROPÄISCHE UNION ZUM SCHEITERN VERURTEILT

Der EU verdanken wir 70 Jahre Frieden – obwohl die EU-Staaten Krieg führen. Ergebnis der EU ist „Wohlstand“ – obwohl diejenigen, die ihn erarbeiten, nichts davon abbekommen. Die Reisefreiheit in der EU ist eine große Errungenschaft – obwohl sie nur für den freien Verkehr von Kapital und Waren entstanden ist. Als großes Vorbild in der Welt nimmt die EU Geflüchtete auf – bis sie genug hat, sie bekämpft, abschiebt oder im Mittelmeer ertrinken lässt. Auf den ersten Blick ist klar: Die herrschende Erzählung von der EU steht im Widerspruch zu ihrer Realität.

Es geht um Profite, nicht um uns

In der EU gibt es das „Schengen-Abkommen“. Die „offenen Grenzen“ innerhalb der EU sind im Sinne des Kapitals und durch seinen Druck entstanden. Es geht um den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Mit der Durchsetzung der just-in-time Produktion, also geringer Lagerhaltung und Minuten genauer Planung der Logistik, sind Wartezeiten bei Zollkontrollen zu einem großen Problem geworden.

Für die Wirtschaft, speziell für die deutsche, ist es notwendig, neue Absatzmärkte zu finden. In der EU-Peripherie kann billig investiert und die Profite wieder zurückgeholt werden. Diese Politik wurde in den letzten Jahren am massivsten in Griechenland spürbar. Wasserversorgung, Post, Eisenbahn, Energie, Häfen, Autobahnen – alles wird in Griechenland privatisiert und unter Wert ans Kapital verschert. Allein der deutsche Fraport-Konzern hat sich 14 Flughäfen billig unter den Nagel gerissen. Das bedeutet Extraprofite nach denen sich das Kapital die Finger leckt.

Aus ihren Rändern kommen zahlreiche Menschen in die Kernländer der EU, um zu arbeiten. Oft beschäftigt bei dubiosen Subunternehmen oder bei Subunternehmen von dubiosen Subunternehmen. So modern sich diese EU auch präsentiert - sie fördert Arbeitsbedingungen, die der Leibeigenschaft ziemlich nahe kommen. Lange Anfahrtszeiten, die nicht bezahlt werden und miese überteuerte Unterkünfte. Wochenlanges Schufteln ohne Freunde und Familie zu Gesicht zu bekommen. Gezahlt wird weit unter dem hiesigen Durchschnitt, wenn die Lohnzahlungen überhaupt ernst genommen werden. So sieht die Lebensrealität der „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ aus – auf dem Bau, in der Pflege, in Schlachthöfen, bei Lieferdiensten... Die Chefs freuen sich über höhere Profite und den Druck auf unsere Löhne und soziale Sicherungssysteme.

Eine ausbeuterische Antwort auf Ausbeutung

Unsere Lebensverhältnisse werden immer unsicherer. Von der UKIP in Großbritannien, über die AfD in Deutschland, bis zu den Faschisten der Lega in Italien. Die Rechten geben dieselbe, reaktionäre Antwort: Nationalismus. Sie lenken von der kapitalistischen Ausbeutung, von den Ursachen für die Verunsicherung unserer Lebensverhältnisse ab. Der Rechtsruck ist eine ideologische Stütze für die steigende Konkurrenz und erhöhte Ausbeutung. Trotz sozialer Rhetorik und dem Gerede von „direkter Demokratie“. Unsere tatsächlichen Interessen ordnen die Rechten vollkommen der „gemeinsamen nationalen Sache“ unter. Sie wollen ein nationales Klassenbündnis aus Lohnabhängigen und Ausbeutern – dabei können wir als Lohnabhängige nur verlieren.

Der Wunsch einer sozialen EU bleibt ein Wunsch

In Teilen der gesellschaftlichen Linken existiert ein Zerrbild der EU. Die Seebrücken-Bewegung zum Beispiel hat es geschafft, viele Menschen zu mobilisieren und gegen die Politik der Abschottung und der Festung Europa auf die Straße zu bringen. Das Sterben (lassen) im Mittelmeer soll beendet, die Kriminalisierung von SeenotretterInnen gestoppt, die hochgerüsteten Außengrenzen geöffnet werden. Diese Forderungen gegen die EU stellte die Seebrücken-Bewegung gerade an diese selbst. Doch die EU ist kein Partner, sondern unser Gegner im Kampf um eine solidarische Welt. Die Menschen, vor denen sich die EU abschottet und die im Mittelmeer ertrinken, sind Teil unserer Klasse; in die Flucht getrieben von den Auswüchsen desselben Kapitalismus, gegen den auch wir kämpfen. Der Widerstand gegen die Abschottung der EU, der Kampf gegen Fluchtursachen und das Sterben im Mittelmeer – das ist Teil unseres Klassenkampfes von unten. Die Politik der EU, gegen die wir dabei kämpfen - das ist ein Teil des Klassenkampfes von oben.



Jetzt aber: EU – ja oder nein?

Fest steht, dass die Kämpfe für eine solidarische Gesellschaftsordnung sich in erster Linie innerhalb der verschiedenen Staaten mit ihren eigenen Rechtsordnungen und sozialen Kräfteverhältnissen entwickeln müssen. Mit den nationalen Institutionen der Herrschenden in diesem Land sind wir jeden Tag unmittelbar konfrontiert. Sie sind für uns greif- und angreifbar. An ihnen setzen wir mit unserer Politik an. Dort, wo die Zumutungen der kapitalistischen Wirtschaft und Ordnung uns direkt konfrontieren. Etwa im Widerstand gegen die neuen Polizeiaufgabengesetze, bei den Kämpfen im Bildungssystem und nicht zuletzt in den Arbeitskämpfen in den Betrieben. Zwar spielen die auf EU-Ebene beschlossenen Gesetze und Regeln auch in unserer Gesellschaft eine Rolle - aber eben nur, weil sie von den Herrschenden in diesem Land umgesetzt werden.

Die EU ist ein Machtblock, der wirtschaftliche und politische Interessen der Herrschenden bündelt und verstärkt. Hier werden statt der Organisation internationaler Streiks, sicherer Fluchtrouten und der Abwehr der Gefahr von Rechts eben Finanzspritzen für Banken, militärische Abschottung und Parlamentssitze für AfD und Co. gestellt. Solange diese Wirtschaftsordnung besteht, wird die EU auch von deren großen Profiteuren geprägt werden. Daran ändern auch gut gemeinte Vorschläge in einem EU-Parlament nichts. Damit ist die Frage zur EU schon beantwortet. Wenn wir uns konsequent für unsere eigenen Interessen einsetzen, dem aggressiven Streben der Herrschenden nach weltweitem Einfluss, Ausbeutung und der Maximierung ihrer Profite unseren Widerstand von unten entgegenstellen, positionieren wir uns. Die EU ist ein Teil der herrschenden Ordnung, der Kampf für den grundlegenden Umsturz der bestehenden Verhältnisse bedeutet auch die Ablehnung dieser EU.

Gegenentwurf: Internationale proletarische Solidarität

Der Kapitalismus ist ein Weltsystem und dementsprechend auch über Ländergrenzen hinweg organisiert. Genauso müssen auch wir über die eigenen Landesgrenzen hinaus schauen. Wir müssen internationale Antworten auf internationale Ausbeutung finden. In einigen Streiks können wir sehen, was das praktisch bedeutet. Im Oktober 2018 haben ArbeiterInnen an 40 Flughäfen in 13 Ländern weltweit gestreikt. Der Kampf konnte 36% des weltweiten Flugverkehrs zum Stillstand bringen und massiven Druck aufbauen.

In solchen Kämpfen wird wieder eine Alternative deutlich. Ein Gegenentwurf zur EU: Die internationale proletarische Solidarität. Und die reicht eben auch über die Grenzen der EU hinaus. Ob kämpfende Bewegungen in Kurdistan, sozialistische Versuche in Lateinamerika, Massenstreiks in Indien, die antirassistische Bewegung in den USA oder die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich – all diese Kämpfe sind für uns Bezugspunkte und Beiträge im Kampf um eine sozialistische Gesellschaft.

Das klingt weit weg und nach einem Haufen Arbeit, aber es ist nötig und wir kommen darum nicht herum. Ansätze davon sind in Solidaritätsaktionen für Kämpfe in anderen Ländern, in gemeinsamen Protesten weltweit und in internationalen Arbeitskämpfen schon vorhanden. Lassen wir uns also nicht entmutigen und bauen auf diesen Keimen einer neuen Gesellschaft auf.

FRISCHE LUFT KLASSENKAMPF

UMWELTZERSTÖRUNG UND SCHMUTZ PROFITWIRTSCHAFT ENTSO

Die Zerstörung unserer Umwelt ist schon lange kein Thema mehr, das nur besonders naturverbundene Menschen bewegt: Angst und Empörung nach dem Reaktorunfall im Kernkraftwerk in Fukushima 2011, immer wieder sorgenvolle Berichte über das Artensterben, über Gifte, Schadstoffe und Kunststoffe in der Luft, in Böden, Gewässern und Nahrungsmitteln und natürlich die große Frage, wie die Folgen des Klimawandels uns jetzt schon betreffen und vor allem betreffen werden. Themen wie diese sind Teil der alltäglichen Nachrichten, sie sorgen bestenfalls dafür, dass wir uns hin und wieder Gedanken über den Zustand unseres Planeten machen und versuchen die eigenen kleinen Umweltsünden in den Griff zu bekommen. Viel mehr bewirken diese Informationen, und wenn sie noch so greifbar und offensichtlich sind, nur bei den Wenigsten. Die voranschreitende Ausplünderung, Vergiftung und Vermüllung der Erde scheint unserem unmittelbaren Einfluss so weit entrückt zu sein und ist Teil so gigantischer globaler Prozesse, dass sich die Frage stellt, was wir denn Bitte daran ändern können. Soziale, politische und ganz persönliche Probleme und Herausforderungen drängen sich uns tagtäglich auf und erfordern unser Handeln - da muss die Umwelt für viele erst einmal hinten anstehen.

Es geht uns nicht darum, mit erhobenem Zeigefinger durch die Welt zu laufen und den Menschen besserwisserisch zu erklären, dass sie biologischer einkaufen, weniger Autofahren und nur noch Ökostrom beziehen sollen, wobei das alles natürlich sinnvolle Bestandteile eines bewussten Umgangs mit der Umwelt sind. Es geht vielmehr um die Verbindung zweier Fragen: Warum wird in einer Art und Weise produziert und gehandelt, von der nur ein exklusiver Teil der Bevölkerung dick profitiert, während der Großteil nur als Verschleißteile, als ersetzbare Rädchen im Getriebe zum Einsatz kommt? Und: Wer hat es den Besitzenden genehmigt, die Ressourcen dieses Planeten für ihre Profitinteressen auszubeuten, zu vernichten und uns alle dabei auch noch von ihrem kurzsichtigen Wirtschaften abhängig zu machen? Wie man es auch dreht und wendet: Wir leben in einer Welt, in der Menschen und natürliche Ressourcen von den gleichen Prozessen ausgebeutet werden. Prozesse, die die Anhäufung von Kapital und nicht die

soziale und kulturelle Entfaltung der Menschen und erst Recht nicht die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zum Zweck haben. Das wird gerade heute für viele spürbar, da das kapitalistische Wirtschaftssystem sich in weltweite Krisen verstrickt und nicht mehr in der Lage ist, vertrauenserweckende Zukunftsvisionen hervorzubringen. Verbunden mit einer Politik, in der internationale Klimaziele - trotz sehr konkreter Bedrohungsszenarien - nichts als leere Versprechungen sind, birgt diese verfahrenere Situation auch Chancen für einen grundlegenden Wandel in sich. Einerseits führt sie zu neuen kämpferischen Bewegungen für soziale und Klimagerechtigkeit und andererseits führt sie uns die Notwendigkeit vor Augen, einen klaren Trennungsstrich zwischen den Ökoschweinereien der Konzerne und den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu ziehen - vorausgesetzt uns liegt etwas daran, dass auch kommende Generationen noch von den eigentlich sehr lebensfreundlichen Bedingungen auf unserem Planeten profitieren können.

Denen geht's nur um die Kohle!

Zehntausende haben sich im vergangenen Jahr zur Verteidigung des Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen aufgemacht. Demonstrationen, Besetzungen, Blockaden und Protestcamps im Wald haben BewohnerInnen der Region ebenso wie Naturschutzorganisationen, Linke und internationale Klima-AktivistInnen zusammengebracht. Ihr gemeinsames Ziel: Die Rodung des verbliebenen Waldstückes für den Braunkohle-Tagebau verhindern. Ihnen entgegen standen der Energiekonzern RWE, die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung und in ihrem Auftrag eine Polizei, die immer wieder brutal gegen die Proteste vorgegangen ist. Die Rodung wurde schließlich vorerst gestoppt, weil die Begründung des Energieriesen für die Rodung, dass „die landes- oder bundesweite Energieversorgung [...] ansonsten gefährdet [sei]“ vor Gericht für unzureichend erklärt wurde. Doch damit ist der Widerspruch noch lange nicht aus der Welt. Der schon längst beschlossene Ausstieg aus der schmutzigen Braunkohleverstromung wird deshalb immer weiter hinausgezögert, weil sie rentabel ist und weil ein Umstieg auf erneuerbare Energien für die Konzerne eben Aufwand bedeutet und keinen kurzfris-

IM PF! UTZIGE ORGEN



tigen Profitregen verspricht. Laut dem alles andere als kapitalismuskritischen Handelsblatt sind es in den vergangenen Jahren nur Braunkohle- und Atomergieanlagen gewesen, die im Bereich der Stromerzeugung gute Renditen abwarfen - und das tut ein seit 12.000 Jahren gewachsenes Ökosystem „Wald“ eben nicht. Das ist der eigentliche Kern des Konfliktes. Und durch diese Logik angetrieben, hat sich die Politik für die RWE-Interessen eingesetzt, obwohl die deutsche Braunkohleindustrie einer der größten CO₂-Produzenten Europas ist.

Umwelt kaputt - Job verloren - Rendite passt

Viel offener können Kapitalinteressen nicht gegen das Gemeinwohl durchgesetzt werden. Besonders zynisch ist, dass RWE-Sprecher und ihre politische Unterstützung immer wieder betonen, dass sie doch vor allem Arbeitsplätze schaffen, die erhalten werden müssten. So hetzen sie ihre lohnabhängige Belegschaft gegen die KlimaschützerInnen auf, obwohl es der Konzern war, der auf den Rodungsstopp mit der Androhung von Stellenabbau reagiert hat, anstatt sich schon vor Jahren auf strukturelle Veränderungen einzustellen und Arbeitsplätze für den Rückbau der Fördergebiete und dem Aufbau erneuerbarer Energien zu schaffen.

Ähnlich sieht es mit der deutschen Automobilindustrie und ihrem Verhältnis zur Umwelt, zu Belegschaften und der Bevölkerung im allgemeinen aus: Sie beschäftigt 1,5 Millionen Menschen, versorgt zahlreiche mittelständische Zulieferer mit Aufträgen und unsere Atemluft nebenbei mit soviel Diesel-Stickoxiden, dass sie die alarmierend hohen Testwerte jahrelang betrügerisch nach unten korrigierte. Anstatt - auch hier - dem technischen Fortschritt entsprechend die Produktionssparte für E-Autos nach und nach zu entwickeln und aufzubauen, verdient sie bis jetzt massiv am Verkauf von Verbrennungsmotoren und lässt sich dabei von einer wohlwollenden Bundesregierung unterstützen. Die nachträglichen Kosten der Abgas-Manipulationen (z.B. durch diverse Klagen und Software-Nachrüstungen) und der finanzielle Druck nun doch in die Entwicklung von E-Mobilität zu investieren, wälzt sie jetzt auf ihre Belegschaften ab: Insgesamt über 3000 LeiharbeiterInnen will allein der Daimler-Konzern bundesweit entlassen, um mit

dieser neuen Situation umzugehen. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Eine handvoll Konzerne hat jahrelang die Luftschadstoffwerte bewusst in die Höhe getrieben und KundInnen dadurch betrogen. Heute sind 11 Millionen Menschen in Deutschland deshalb von Fahrverboten betroffen. Anstatt wenigstens zu versuchen, den Schaden ansatzweise zu begleichen, sollen „Umweltprämien“ für den Kauf neuer Autos und Massenentlassungen nun neues Geld in die Konzernkassen spülen - und die Politik spielt mit. Dass der massenhafte PKW-Individualverkehr an sich kein zukunftsfähiges Verkehrsmodell ist und gerade in städtischen Räumen schon jetzt an Grenzen stößt - davon will die Automobilindustrie natürlich nichts wissen.

Die kapitalistischen Konzerne und ihre politischen Interessenvertretungen sind offensichtlich nicht in der Lage, gleichzeitig die Bedürfnisse der Bevölkerung (z.B. nach Energie und Mobilität), die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Schutz unserer natürlichen Ressourcen zu garantieren und in einer sinnvollen Art und Weise miteinander zu verbinden. Und das heißt? Ein vernünftiges und langfristiges Wirtschaften, das die Faktoren Mensch und Umwelt an oberste Stelle setzt, kann nicht über Märkte geregelt werden. Das Ziel muss eine kollektiv und flexibel geplante Wirtschaft sein, in der sich niemand das Recht herausnehmen kann, Ressourcen und andere Produktionsmittel privat zu besitzen. Die 16-jährige Greta Thunberg aus Schweden hat auf dem Weltklimagipfel 2018 den wichtigsten Beitrag geliefert. Die Aktivistin der internationalen SchülerInnenbewegung „Friday for Future“ erklärte: „Wir sind nicht hierhergekommen, um die Spitzenpolitiker anzubetteln. Ihr habt uns in der Vergangenheit ignoriert und ihr werdet uns weiter ignorieren. Euch gehen die Entschuldigungen aus.“ Sie kam zu dem Schluss: „Wenn die Lösungen in diesem System so unmöglich zu finden sind, sollten wir das System selbst ändern.“

STAAT UND NAZIS HAND IN HAND AKTIV GEGEN RECHTSRUCK

Ein Brandanschlag auf ein Auto in Berlin. Ein Betroffener, der im Vorhinein von den Tatverdächtigen ausspioniert wurde. Staatliche Behörden, die von der Ausspähung wussten aber nicht einen Finger rührten, um die Tat zu verhindern oder den Betroffenen zu warnen. Man könnte wieder einmal über „Ermittlungsspannen“ oder „unfähige Staatsbedienstete“ schimpfen. Das Problem liegt aber tiefer und ist ein politisches. Die Tatverdächtigen in diesem Fall, der sich am 1. Februar 2018 in Berlin Neu-Kölln ereignete, waren NPD- und AfD-Mitglieder, der Betroffene war ein linker Politiker.

Wir wissen spätestens seit dem NSU-Terror: Dieser Staat, seine Geheimdienste und die Polizei haben nicht das Ziel militante faschistische Strukturen zu zerschlagen. Sie wollen sie lediglich unter Kontrolle halten. Und das in einer Zeit, in der die Bedrohung von Rechts alles andere als eine Randerscheinung ist: Rassistische Hetze, Terror gegen MigrantInnen, Nazis in Parlamenten, Abschottung gegen Geflüchtete. Der Rechtsruck führt zum autoritären Umbau des politischen Systems. Die Abschiebungs- und Überwachungsphantasien von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sind nicht einfach nur eine persönliche Marotte!

Der Schulterschluss zwischen Faschisten auf der Straße und Teilen des Staatsapparats wird enger.

Beispiel Chemnitz: Die vereinte Rechte aus militanten Nazis, Pegida und AfD benutzte den Tod von Daniel Hillig, der im Streit von einem Iraker erstochen wurde, um rassistischen Hass auf die Straße zu mobilisieren und stellte die Machtfrage. Die Polizei ließ Hetzjagden auf migrantisch aussehende Menschen zu. Und der damalige Chef des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, leugnete öffentlich die rassistischen Angriffe – obwohl sie auf Videos dokumentiert sind. Maaßen wollte so die AfD, mit der er offensichtlich sympathisiert, vor der Beobachtung seines Geheimdienstes schützen.

Beispiel Bundeswehr: Der extrem rechte Offizier Franco Albrecht plante 2017 mit anderen Soldaten Attentate auf PolitikerInnen. Albrecht war Mitglied des „Hannibal-Netzwerks“. „Hannibal“ ist der Deckname von André Schmitt, Offizier der geheimen Elite-Einheit der Bundeswehr „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) und Informant des Militär-Geheimdienstes MAD. In seiner Schattenarmee organisieren sich aktive und ehemalige KSK-Soldaten zusammen mit Neonazis. Sie bereiten sich vor, am „Tag X“ linke PolitikerInnen und AktivistInnen zu liquidieren.

Der Rechtsruck ist eine direkte Bedrohung: Für jede Politik, die für Gleichheit, Solidarität und Selbstbestimmung steht, für bereits errungene politische Freiheiten und

Bürgerrechte, insbesondere aber für MigrantInnen und alle anderen Menschen, die keinen Platz in den rechten Wunschvorstellungen haben: Vorstellungen einer stramm formierten, homogenen Gesellschaft, die sich den Autoritäten aus Staat und Wirtschaft vollständig unterwirft. Es ist sinnlos, dagegen Appelle an den Staat zu richten. Wir müssen selbst organisieren, was notwendig ist: Den Aufbau wirksamer Selbstverteidigung gegen faschistische Gewalt und rassistische Übergriffe. Mit allen Mitteln, die dazu notwendig sind: Legal und illegal, friedlich und militant.

Antifaschismus ist Klassenpolitik. Einen effektiven politischen Widerstand können wir nur zusammen mit den Teilen der Bevölkerung aufbauen, deren Lebensbedingungen im Faschismus vollends den Kapitalinteressen unterworfen wären – ohne Gewerkschaften und Betriebsräte, ohne Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung und mit der Aussicht als erste „für's Vaterland“ draufgehen zu dürfen. Nötig ist eine breite antifaschistische Mobilisierung unter den Lohnabhängigen und der Schulterschluss mit den Betroffenen von rechter Ausgrenzung und Gewalt.

Der Zusammenhang von Rassismus und kapitalistischer Ausbeutung wird zum Beispiel greifbar, wenn Geflüchtete in der Auseinandersetzung um Arbeitsplätze, Sozialleistungen und Wohnraum als gefährliche Konkurrenz dargestellt werden. Dass es eigentlich sinnvoller ist, profitierende Unternehmen, Immobiliengesellschaften und eine Haushaltspolitik anzugehen, die ihren Rüstungsetat in den nächsten Jahren auf 80 Milliarden Euro aufstocken will, während Sozialleistungen soweit wie möglich eingespart werden, leuchtet ein und bringt Menschen auch in Bewegung. Die #unteilbar-Demonstration am 13. Oktober 2018 in Berlin verknüpfte den Widerstand gegen rassistische Hetze mit gewerkschaftlichen Kämpfen und der Umverteilung von unten nach oben – und mobilisierte hunderttausende Menschen.

Eines ist aber klar: Es ist nicht möglich, zu einer weniger von Rechts geprägten „kapitalistischen Normalität“ zurückzukehren. Die Krise des kapitalistischen Systems verschärft den Konkurrenzkampf der Kapitalbesitzenden. Im Windschatten dieser Zuspitzung formieren sich rechte Bewegungen, um die Ängste, die Wut und die Hoffnungen der Menschen aufzufangen, ohne die bestehenden Eigentumsverhältnisse aber auch nur anzutasten. Für alle, die sich dem Rechtsruck ernsthaft entgegen stellen wollen, gilt es also eigene Antworten auf die soziale Frage zu formulieren. Antworten, die dort ansetzen, wo es den wenigen Profiteuren dieses Systems auch wehtut – für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus.

„Durch den aktiven Widerstand sind rechte Übergriffe und Aktivitäten spürbar zurück gegangen...“

Interview mit AntifaschistInnen aus Burg

Mainstream-Medien und bürgerliche PolitikerInnen verbreiten gerne, „die Antifa“ sei nur ein Haufen unpolitischer Straßenschläger. Das hat wenig mit der Realität zu tun. Vielmehr übernehmen Menschen hier eine gesellschaftliche Verantwortung, die weder spaßig, noch ungefährlich ist und eigentlich selbstverständlich sein sollte. In der Kleinstadt Burg bei Magdeburg (Sachsen-Anhalt) terrorisierten Nazis jahrelang Linke und MigrantInnen – bis ihnen Widerstand entgegengesetzt wurde. Wie das ging, dazu haben wir ein Interview mit dortigen AntifaschistInnen geführt.

Wie ist die Situation bei euch in der Stadt mit rechten Strukturen, faschistischer Bedrohung und Gewalt?

In den letzten zehn Jahren hatten wir mit einer Reihe faschistischer Strukturen zu kämpfen, immer wieder wurden neue Neonazigruppen gegründet und alte wieder aufgelöst. Zum Beispiel ein Ableger der Kameradschaftsstruktur „Freies Netz“ oder der Partei „Die Rechte“. Aktuell gibt es keine festen Nazistrukturen mehr in Burg. Das heißt natürlich nicht, dass es keine Nazis mehr gibt. Rechte Bedrohung und Gewalt haben alle von uns auch am eigenen Leib erleben müssen. Bevor die rechten Strukturen weitgehend zerschlagen werden konnten, gab es fast wöchentlich Übergriffe auf AntifaschistInnen und MigrantInnen. Zu diesen Übergriffen zählten Hausbesuche, Sprühereien an Wohnhäusern, Beschädigungen an Fahrzeugen und massive körperliche Angriffe. Das Krasseste, was in dieser Zeit passierte, ist die Entführung eines Aktivisten. Nach einer Demo wurde er in Folge einer Schlägerei von mehreren Nazis verfolgt, anschließend in ein Auto gezogen und dann in ein naheliegendes Waldstück gefahren. Die Faschisten schlugen auf ihn ein und versuchten vergeblich Informationen über andere AktivistInnen zu erhalten. Danach ließen sie ihn in dem Waldstück zurück. Dies ist nur einer von vielen Angriffen, veranschaulicht aber gut, wie brisant die Situation gewesen ist. Heute ist das anders, gezielte Angriffe von Nazis gab es schon eine ganze Weile nicht mehr.

Woran liegt es, dass die Nazis sich inzwischen weitgehend aus der Öffentlichkeit und der Auseinandersetzung zurückgezogen haben?

Die bedrohliche Situation führte dazu, dass wir ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Notwendigkeit eines antifaschistischen Selbstschutzes entwickelten. Jedem ist klar, dass man sich auf den bürgerlichen Staat bei der Bekämpfung von Faschisten nicht verlassen kann – das haben wir aus eigener Erfahrung gelernt. Die logische Konsequenz ist, das Problem selber an der Wurzel zu packen. Antifaschistischer Selbstschutz heißt bei uns, mit Entschlossenheit und einer angemessenen Militanz gegen die Faschisten vorzugehen, aber auch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren, um die Leute für das Thema zu sensibilisieren.

Wie sah das bei euch konkret aus?

Zum Anfang eigentlich ziemlich unspektakulär. Regelmäßig kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Faschisten. Uns war klar: Auf jeden Angriff muss es auch eine Antwort geben. Wir bauten eine umfangreiche Solidarität untereinander auf und alle von uns waren zu jeder Zeit bereit die Faschisten auch zu konfrontieren. Auch wenn das hart klingt: Diese Bereitschaft hat nichts mit Gewaltgeilheit oder Abenteuerlust zu tun, sondern mit der Tatsache, dass die Straßengewalt eine der wichtigsten Stützen faschistischer Politik ist. Um sie zu schwächen, muss auch ihre Selbstsicherheit und Dominanz auf der Straße gebrochen werden. Natürlich gab es auch Präventivmaßnahmen, um rechte Aktionen im Vorfeld abzuwehren. Zuerst begannen wir damit, die organisierten Faschisten ausfindig zu machen und sie durch Outings aus ihrer Deckung zu holen. Wir machten die Bevölkerung durch Flyer, Plakate und Texte auf Internetplattformen über die Identitäten und die Machenschaften der Faschisten aufmerksam.

Und diese Politik hat die Naziszene tatsächlich geschwächt?

Sehr deutlich sogar! Durch den aktiven Widerstand sind rechte Übergriffe und Aktivitäten spürbar zurück gegangen und eine Zeit lang völlig verschwunden. Die Burger Neonazis zogen sich aus dem Stadtbild zurück und waren seitdem so gut wie nur noch auf der lokalen Facebookseite aktiv.

Wie reagiert der Staat? Gab es Strafverfahren gegen euch?

Es gab allerhand Anzeigen, Hausdurchsuchungen und Observationen, Gefährderansprachen und Gerichtsverfahren. Folgen dieser Gerichtsverfahren waren Geldstrafen, Strafbefehle, Bewährungs- sowie Haftstrafen. Regelmäßig versuchte die Polizei uns mit übermäßiger Präsenz bei eigenen Aktivitäten einzuschüchtern, während die Nazis sich weitgehend ungestört bewegen konnten. Uns wurden immer wieder vor Augen geführt, dass der Kampf gegen Nazis ganz direkt mit dem Kampf gegen staatliche Behörden zusammen geführt werden muss.

Was ist aus Eurer Erfahrung für alle Menschen und Strukturen wichtig, die einen antifaschistischen Selbstschutz aufbauen wollen?

Am allerwichtigsten ist es, dass man im Kampf gegen den Faschismus über persönliche und politische Differenzen hinweg sieht, um die gemeinsamen Ziele zu betonen. Das heißt, es gilt ein breites Netzwerk der Solidarität aufzubauen und die direkte Unterstützung von Gruppen und Personen, die von rechts angegriffen werden zu organisieren. Es muss bewusst sein, dass man körperlichen Auseinandersetzungen nicht aus dem Weg gehen kann. Dass es für uns als Linke eine Notwendigkeit ist, den Faschisten mit einer gewissen Entschlossenheit, Disziplin und Militanz entgegenzutreten. Wichtig ist es, sich nicht einschüchtern zu lassen, sich zu organisieren und vor allem Kontinuität zu zeigen.

Revolutionärer 1. Mai 2019

Am 1. Mai gehen wir auf die Straße für eine Welt jenseits von Ausbeutung, Krieg und Kapitalismus. Neben den traditionellen Gewerkschaftsdemonstrationen gibt es in vielen Städten auch revolutionäre Aktivitäten und Demonstrationen.

Aktuelle Termine unter:
www.perspektive-kommunismus.org

Hamburg

18:00 Hauptbahnhof | Revolutionäre Demo

Karlsruhe

10:00 Marktplatz | Antikapitalistischer Block auf der Gewerkschaftsdemo

München

9:30 DGB-Haus | Revolutionärer Block auf der Gewerkschaftsdemo

16:00 Glockenbachwerkstatt | Revolutionäres 1. Mai Fest

NRW

Naziaufmarsch in Duisburg verhindern!

Stuttgart

10:00 Marienplatz | Antikapitalistischer Block auf der Gewerkschaftsdemo

11:30 Schlossplatz | Revolutionäre Demo

Danach: Internationalistisches Fest im Linken Zentrum Lilo Herrmann

Villingen-Schwenningen

10:00 Schwenningen Bahnhof | Antikapitalistische Demo

Danach: Internationalistisches Fest im Linken Zentrum Mathilde Müller



Wer wir sind

Perspektive Kommunismus hat sich im April 2014 gegründet. Wir sind kommunistische Gruppen aus verschiedenen Städten im Bundesgebiet. Unser Ziel ist der Aufbau einer bundesweiten, aktionsorientierten und revolutionären Organisation. Über gemeinsame Debatten und politische Kampagnen wollen wir die Basis für eine solche Struktur schaffen. Wir sind nicht die einzigen, die einen Teil zu einem revolutionären Aufbauprozess beitragen werden, weshalb der Kontakt und die gemeinsame Arbeit mit anderen linken und revolutionären Gruppierungen ein wichtiger Aspekt unserer Politik ist. Der Ausgangspunkt

unserer Arbeit sind immer die konkreten Kämpfe und Bewegungen in den einzelnen Städten: Für Solidarität und gemeinsame Stärke unter den Lohnabhängigen, gegen die Gefahr von Rechts und den Aufbau des Sicherheitsstaates, für den Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen, gegen imperialistische Kriege und für internationale Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten weltweit. Ein politischer Grundlagentext, Aufrufe zu gemeinsamen Mobilisierungen und Infos zu den beteiligten Gruppen finden sich auf unserer Homepage: perspektive-kommunismus.org